

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Zentral-Franken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 26 Erscheint jeden Sonntag Gotha, 27. Juni 1920 34. Jahrg.
Abonnementspreis: 2,50 M für das Vierteljahr. (Telephon: Nr. 174.) S. separate Kosten 75 Pfg. die einspaltige Zeile. Bei Wiederholungen Rabatt. — Anzeigenvermittlung: Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.

Die Krise in der Birmafenscher Schuhindustrie.

Wohl niemand wird man gegenwärtig die „Wohl-taten“ der kapitalistischen Wirtschaft so empfinden wie in Birmafen, wo die über die Schuhindustrie herein-gedragene Krise geradezu katastrophale Folgen gezeitigt hat. Bis zum Monat März glänzende Konjunktur, täglich neue Fabrikgründungen, Riesengewinne des Unterneh-mers. Die Zahl der Betriebe wurde im Monat März auf etwa 700 geschätzt. Der Anteil der Arbeiter an dieser glänzenden Konjunktur war natürlich nicht so, wie viel-leicht man zu anzunehmen geneigt sein werden. Infolge Kohlenmangels mußte schon seit November verzögert ge-arbeitet werden, dazu kam die geradezu phantastische Ver-teuerung aller Bedarfsartikel, Umstände, die dem Ar-beiter das Leben auch bei der besten Konjunktur sehr schwer machten. Wünftig war nur, daß es monatelang fast gar keine Arbeitslosen gab.

Mitte März legte nun plötzlich die Stodung des W-les ein, die einem in Anbetracht der großen Schönut hätte unbegreiflich sein können, die aber jeder Kenner der leider noch vorhandenen Planlosigkeit der kapitali-stischen Wirtschaft, die auf der einen Seite maßlose Pra-ktik, auf der anderen Seite die Kaufkraft des arbeitenden Volkes herabsetzt, sehr wohl begreifen konnte resp. vor-ausehen mußte.

Eine große Anzahl der kleinen Konjunkturbetriebe verlor sich in den ersten Wochen. Die Arbeiter wur-den teilweise sofort ohne Kündigung entlassen und muß-ten beim Gewerbeamt erst ihren Lohn für die Kündi-gungszeit einbringen. In einigen Fällen wurden nicht ein-mal der fällige Lohn für die gearbeitete Woche ausge-zahlt. Die meisten Betriebe beschränkten sofort die Ar-beitszeit zunächst auf 30 dann auf 24 Stunden. Für den Monat Mai wurde zwischen den Verbänden ein Abkom-men getroffen, wonach in einer Wöchentlichung nach dem Alter für die unter 40 ausfallende Stunden Kostenaus-lagen gewährt werden mußten. Folgende Sätze wurden festgelegt: 2,20, 1,90, 1,50, 1,15, 0,80 und 0,45 M für männliche; 1,80, 1,30, 1,05, 0,80, 0,55 und 0,30 M für weibliche Arbeiter. Für die ausfallenden Stunden unter 20 mußte gezahlt werden: 3,00, 2,40, 1,90, 1,45, 1,00 und 0,60 M für männliche; 2,00, 1,65, 1,30, 1,00, 0,70 und 0,40 M für weibliche Arbeiter.

Die Zahl der Arbeitslosen vermehrte sich von Woche zu Woche und da es in Birmafen nur eine Industrie, die Schuhindustrie, gibt, von der alles abhängt, mußte die Arbeiterklasse in die bitterste Notlage kommen.

In Birmafenen Arbeitslosenversammlungen und MassenDemonstrationen verlangten die Arbeiter Maßnah-men zur Bänderung der Not. Sie forderten entweder Ar-beit oder ausreichende Unterstützung. Der Stadtrat nahm sofort unter Hinzuziehung der Vertreter der Organisatio-nen zu den Forderungen der Arbeiter Stellung und be-schloß, eine Kommission an die Regierungen in München und Berlin zu schicken, die dort die Verhältnisse schildern und nachgehende Forderungen von Unternehmern und Arbeitern vertreten sollte: Deckung der Grenzen, Dar-lehnsgewährung durch die Regierung an kapitalistische Unternehmern, produktive Erwerbslosenfürsorge, Schulauf-stauf durch die Reichshauptverwaltung. Alles Forderungen der Unternehmer, um ein Weiterarbeiten zu ermöglichen. Eine Deckung der Grenzen blieb natürlich auf großen Widerstand, während die anderen Vor schläge nach näherer Ausarbeitung gepirkt werden sollten. Die Ar-beiterklasse erklärte sich natürlich mit den Maßnahmen, die ein Weiterarbeiten ermöglicht hätten ohne eigene Schädigung, einverstanden, aber aber sie mußte Beschäftigung durch Kostensarbeiten verlangen. Der einzige greifbare Erfolg war die Verlegung in die Klasse A der Erwerbs-losenfürsorge.

Die Vertreter der Reichs-, Landes- und Reichsregie-rung kamen nun eigens nach Birmafen, um sich an Ort und Stelle über die Lage zu informieren. Die Herren sagten sehr wenig Verständnis für die Wünsche der Fab-rikanten, die sich wohl gerne auf aßerhand entziehen, um die Betriebe wieder in Gang zu bringen, aber kein Risiko tragen wollten. Zweifellos ist ein großer Teil Fabrikanten da, die noch ganz weit arbeiten könn-

ten, die aber unter allen Umständen auf ihrem einmal gemachten Profit sitzen bleiben möchten. Was aber die Lage für die Arbeiter besonders schlimm macht, ist die Tatsache, daß sehr viele, besonders Kleinfabrikanten, so festgefahren sind, daß sie ohne Unterstützung nicht mehr weiter können. Nun hat die Regierung allerlei Beden-ken, diesen Fabrikanten beizustehen, aber sie geht auch auf keinen Vorschlag ein, wie den Arbeitern, die dadurch weiter arbeiten können, geholfen werden kann, sie macht auch selbst keinerlei Vorschläge. Das einzige Er-gebnis der ganzen Aktion war die Andeutung, daß die Reichshauptverwaltung vielleicht recht bald einen Auftrag an Birmafen vermitteln kann.

Für den Monat Juni sind in Birmafen sämtliche Betriebe geschlossen, so daß in der Stadt allein über 10 000 Arbeitslose gezählt werden. Die Fabrikanten zah-len zur Erwerbslosenerhaltung das Fertige in vier Wochenraten, was die einzige Unterstützung bildet, die aber sehr viele Arbeiter, die bei Kleinfabrikanten beschäf-tigt waren, nicht einmal erhalten. Diese Herren sagen einfach, ich habe kein Geld, so daß dem Arbeiter wieder nur der Klageweg übrig bleibt.

Diese Zustände offenbaren wieder einmal so recht den Widerstand der kapitalistischen Wirtschaft. Im ganzen Lande Schuhmacher, aber in einer Stadt mehr als 10 000 arbeitslose Schuhmacher, die deshalb arbeitslos sind, weil angeblich zu viele Schuhe auf den Lagern liegen und keine Möglichkeit besteht, die Betriebe wieder in Gang zu brin-gen. Mehr als alle Vorträge und Belehrungen müssen diese Tatsachen der Arbeiterklasse zum Bewußtsein brin-gen, daß die kapitalistische Wirtschaft eine anarchische Wirtschaft ist und daß uns aus diesem Durcheinander nur eines retten kann, die Sozialisierung nicht nur der Schuh-industrie, sondern der gesamten Produktion.

Nach der Wahl.

Der Kapp-Lüttich-Putsch hatte zur Folge, daß die Reichstagswahlen etwas früher stattfanden, als die Kooptationierung beabsichtigte. Die Konservativen und Nationalliberalen, die jetzt unter einer neuen Firma vor das Volk treten, indem sie sich deutschnational und deutsche Volkspartei nennen, agitierten schon seit längerer Zeit für Auflösung der Nationalversammlung und für Neuwahlen zum Reichstag. Als verschlagene Politiker konnten sie die Fehler und Schwächen der Koalitionsregierung und nahn-liche Unzulänglichkeiten und den Mangel der Bevölke-rung über deren Mißwirtschaft gründlich aus. Die Schwerindustrie, die Großgarbarie, die Schieber und Wucherer, die in diesen beiden Parteien ihre Vorkämpfer erkennen, spendeten Millionen, um den Wahlkampf mit großem Tamtam zu führen. Das ganze politisch indolente Epigebirgertum und selbst Stehtrampelproleten zählten ihnen ins Garn. Es ist nicht zu verstehen, wie leicht das Volk sich an der Nase führen läßt.

Noch blutet das Volk an tausend Wunden. Hunger, darbi, ist der Verzweiflung nahe und da kommt es her und wühlt diese Menschen und Parteien, die es in diese lammervolle Katastrophe geführt haben, als ihre Ver-treter in den Reichstag. Da kann man wirklich ausrufen: „Herr vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun.“ Beide Parteien haben ihre Mandate fast verdoppelt und dadurch droht nun der Republik, sondern auch den wenigen Ertragenergebnissen der Revolution Gefahr. Was viele Arbeiter gewünscht und erhofften, daß eine sozia-listische Majorität in den Reichstag eingezogen werde, ging nicht in Erfüllung. Mit der Niederlage der Koalitions-regierung haben auch die Mehrheitssozialisten, die deren Politik mitgemacht, eine schwere Schlappe davongetragen. Einen glänzenden Aufschwung haben nur die Unabhängigen, die ihre Mandate verdreifacht, gemacht und zwar meist auf Kosten der S. P. D.

Soweit die Wahlen sich übersehen lassen, sind für die Arbeiterparteien

Sozialdemokraten	5 531 167
Unabhängige Sozialdemokraten	4 809 882
Kommunisten	428 139
	10 779 218

Stimmen abgegeben worden. Die bürgerlichen Parteien erhielten:

Deutschnationale Volkspartei	3 038 851
Deutsche Volkspartei	3 456 131
Zentrum	3 500 800
Demokraten	2 152 509
Bayerische Volkspartei	1 254 938
Deutschhannoveraner	318 104
	14 321 333

Den 10 779 218 Arbeiterstimmen Rechen somit 14 321 333 bürgerliche Stimmen entgegen.

Das ist für die Arbeiterklasse kein befriedigendes Re-sultat, denn wir dürfen dabei nicht übersehen, daß die Gesamtzahl der sozialistischen Stimmen zurückgegangen ist. Trotzdem brauchen wir nicht zu verzagen, denn dieser Ein-buß gegenüber steht die Zunahme der gleichwertigen Klas-sen des tätigen Proletariats. Die Parteien, welche die Koalitionsregierung gestützt, sind zusammengebrochen, ge-wonnen hat die äußerste Rechte und die äußerste Linke. Wenn die Rechtssozialisten eine Lehre aus diesem Kampfe ziehen, dann wären immer noch 199 sozialistische Mandate vorhanden, die fast genug sind, jeden Anschlag der Ko-alitionäre zurückzuschlagen.

Die gegenwärtige Zeit ist gewitterschwanger, die Rechter bauen mehr als auf das Parlament auf die ihnen eigene Gewalt und Brutalität, ihre reaktionären Pläne durchzuführen, hat doch der neugeborene Herr — a. Größe schon mit — blutigem Kampfe gestößt. Die Arbeiter würden in einem ihnen aufgeprägten Kampfe — wie im März — wie ein Mann zusammenstehen. Die Wahlen haben dazu geführt, daß die Koalitionsregierung gestürzt, aber bis zur Stunde, wo ich diese Zeilen schreibe, alle Ver-luche, eine neue Regierung zu bilden, gescheitert sind, weil keine Richtung von Parteien so hart ist, eine Regierung zu führen. Die politische Konstellation ist so, daß, wenn es auch gelohnt momentan eine Regierung zu bauen, die-selbe aber kein langes Leben führt und die Wähler vor eine Neuwahl gestellt werden. Bis dahin muß alles ge-lieben, daß die Arbeiter den Kampf auf einem gemein-samen Kampfsoßen führen.

Die Situation ist klar. Auf der einen Seite die auf-wärtsstrebende Arbeiterklasse, die sich bemüht gemorden ist, daß sie die Schöpferin aller Werte und Reichtümer ist, auf der anderen Seite die Verfechter der alten Weltan-schauung, der Ausbeutung und Unterdrückung und Knechtung der Massen des Volkes. Diese Weltanschauung geht nun gegen der Menschheit ihrem Ende entgegen, dem So-zialismus zu. Stehe jeder auf seinem Posten und erfülle seine Pflicht. Dann wird die Arbeiterklasse aus allen den Kämpfen, die die nächste Zukunft uns bringt, siegreich hervorgehen.

Abban der Löhne.

Durch die Tagespresse läuft folgende Notiz:
Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat in ihrer Ausschreibung vom 20. Mai in eingehender Aus-prache die gesamte Wirtschaftslage Deutschlands er-örtert. Sie hält es für ihre bringende Pflicht, den erlitten Schaden an sämtliche ihr angeschlossenen Arbeit-geberverbände zu richten, jede neue Erhöhung der Löhne und Gehälter ab zu lehnen. Die Presse der deutschen Erzeugnisse haben die Weltmarktpreise ungefähr erreicht, zum Teil bereits überschritten. Schon heute kostet über-alf der Abzug. Eine abermalige Steigerung der Ge-ehungskosten durch weiteres Anschwellen der Löhne und Gehälter und die daraus folgende Verteuerung der Preise muß zur Katastrophe führen und damit unach-sbares Elend über alle Kreise des deutschen Volkes, nicht zuletzt der Arbeitnehmer, bringen. Den Arbeitnehmern ist auch mit der reinen Steigerung der Löhne und Gehäl-ter zuzugunehmen nicht geboten. Können, wie der gan-zen deutschen Wirtschaft, kann nur geholfen werden durch vermehrte und verbilligte Produktion, die allein und durch sich eine Senkung der Preise bewirken kann.“

Ganz gewiß ist mit der reinen Steigerung der Löhne und Gehälter den Arbeitern nicht gedient, aber solange die enormen Steigerungen der Lebensmittelpreise und aller anderen Bedürfnisse anhalten, ist die Lösungs-ung zur Ausgleichung das einzige Mittel. Die Arbeiter haben bis heute nicht aus purem Mitleiden die Löhne

die Strafe
n der Re-
er Schifft
verhältnis-
das zur
zweifeln
ung neuer
ist. Für
weil die
it wurde,
wird ge-
en, die sich
rhanden
nft zu en-
ich sich bei
n Kosten-
bewegung
ellen Den-
rennenben
häftsarbeit
ng der An-
ort behan-
ten in den

Berbeitung
Organis-
RL; die
RL

geschult.
ge erfolgte
2. Vor-
Begrit-
nd Baden.
t des § 12.
Posten zur
zur Aus-
die Wahl
reng. Der
werden.
nach den

Die Be-
Verban-
orisch voll-
es Begrits-

ewerbungs-
die Auf-
chen. Aus-
die bis-
innerhalb
Bemer-
ull an den

en.
ernehmung,
7 1/2 Uhr im
wall 17.
1/2 Uhr in der

de 7 Uhr im
schloßplatz,
und 9 1/2 Uhr.

tarifizierung
rohende Stell-
er! Vor die
stellungen.
erband-Nach-
Elterliche.

o d. Gotha.
o. Gotha.

an Widmann
Rofa zu ihrer
Glückwünsche.
nen der
Schillerbach.

o.
n Kollegen
uer
ndenben die
ghraaa.

besteht, sie sind im Gegenteil weit hinter der Steigerung ihres Lebensbedarfs zurückgeblieben.

Die Unternehmer haben mit ihren Waren die Weltmarktpreise erreicht, sogar überschritten und fette Gewinne eingesackt, die Arbeiter haben noch lange nicht die Weltmärkte erreicht und stehen mit ihren sogenannten höheren Löhnen schlechter da als früher mit ihren niedrigeren Löhnen.

Bei einem Paar Stiefel, die mit Maschinen hergestellt werden, beträgt der Lohn in einem modernen Betrieb 15 Mark, was gegenüber dem Verkaufspreis kaum ins Gewicht fällt.

Die Unternehmer sollen erst einmal ihre Warenpreise reduzieren, ehe sie an der Löhne abzubauen. Sie sollen ihrer kapitalistischen Regierung einmal die Föhne zeigen, wenn diese den Agrariern zuliebe die Lebensmittelpreise in unerschämter Weise in die Höhe treibt. Aber dafür sind sie nicht zu haben, das wäre ihnen unangenehm, die Agrarier könnten ihnen sagen, ihr seid ja selbst Ackerer. Das Leichteste ist, bei den Arbeitern anzufangen, diese können ja den Schmach nicht länger länger zu ertragen.

Die „Schlichtungsordnung“

Wir brachten bereits im „Schuhmacher-Jahrbuch“ unter dem Titel: „Ein Antistreitgesetz“ einen Artikel, der sich mit dem angelegentlichsten Entwurf der neuen Schlichtungsordnung befaßte. Unsere damaligen Befürchtungen, daß das in Aussicht stehende Gesetz den Zweck verfolge, den Arbeitern das Streikrecht und damit das Koalitionsrecht zu entziehen, sind vollst. bestätigt.

Wir veröffentlichen nachstehend die unsere Aufmerksamkeit begründenden Paragraphen:

§ 88. Die Ausrufung des Schlichtungsausschusses muß erfolgen von Arbeitgeberseite, wenn eine Ausperrung, von Arbeitnehmerseite, wenn eine Arbeitseinstellung beabsichtigt wird. Ausperrungen und Arbeitseinstellungen sind unzulässig, bevor der Schlichtungsausschuss angerufen und eine Einigung zustande gekommen oder ein Schiedsspruch gefällt ist.

§ 130. Wird nach Fällung eines Schiedsspruches der für die Parteien nicht bindend ist, eine Ausperrung oder eine Arbeitseinstellung aus Anlaß derselben Streikrecht losgerissen, so darf sie erst begonnen werden, nachdem sie in geheimer Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit oder, falls die Söhungen der beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen übereinstimmend eine größere Mehrheit verlangen, mit dieser Mehrheit beschlossen worden ist.

Soweit durch die Ausperrung oder Arbeitseinstellung die Gesundheit oder die Sicherheit der Bevölkerung oder ihre Versorgung mit dem notwendigen Lebensbedarf gefährdet wird, legt ihr Beginn außerdem voraus, daß der Beschluß über die Ausperrung oder die Arbeitseinstellung der höheren Verwaltungsbehörde schriftlich mitgeteilt und seit dem Eingang der Mitteilung mindestens eine Woche verstrichen ist.

§ 250. Gegen Personen, die bei einer Gesamtschlichtung einen im Schlichtungsverfahren zustande gekommenen Einigung oder einen bindenden Schiedsspruch absichtlich nicht erfüllen oder zur Nichterfüllung einer solchen Einigung oder eines solchen Schiedsspruches zu einer nach diesem Gebiet unzulässigen Ausperrung oder Arbeitseinstellung oder zu ihrer Fortsetzung auffordern oder ansetzen, kann die Schlichtungsbehörde auf eine Geldbuße erkennen. Die Höhe der Buße ist gegen Arbeitgeber unter Berücksichtigung der Zahl der durch die Gesamtschlichtung oder die Ausperrung betroffenen Arbeitsverhältnisse und der Höhe der Löhne der beteiligten Arbeitnehmer zu bemessen; ihr Höchstbetrag ist 100 000 Mark. Der Höchstbetrag einer gegen Arbeitnehmer festzusetzenden Buße ist 3000 Mark. Gegen Personen, die an der Gesamtschlichtung, der Ausperrung oder der Arbeitseinstellung weder als Arbeitgeber noch als Arbeitnehmer beteiligt sind, ist der Höchstbetrag der festzusetzenden Buße 100 000 Mark.

§ 261. Bezieht ein Vorstandsmitglied oder sonstiger Vertreter, Angestellter oder Vertrauensmann einer wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern innerhalb der ihm zuteilenden Befugnisse oder auf Veranlassung, mit Unterstützung oder mit Zustimmung der Vereinigung eine der im § 259 bezeichneten Handlungen, so kann außer gegen ihn auch gegen die Vereinigung auf eine Geldbuße erkannt werden. Die Höhe der Buße ist unter Berücksichtigung der Zahl der durch die Gesamtschlichtung, die Ausperrung oder die Arbeitseinstellung betroffenen Arbeitsverhältnisse und der Höhe der Löhne der beteiligten Arbeitnehmer zu bemessen; ihr Höchstbetrag ist 100 000 Mark.

Durch dieses Gesetz wird die Aktionsfähigkeit der Arbeiterorganisationen auf Ertragung besserer Löhne und Arbeitsbedingungen völlig lahmgelegt. Das Tollste an der Sache ist, daß ein solcher Wechselzug von Entwurf unter der Regie eines „sozialistischen“ Arbeitsministers das Licht der Welt erblickt hat. Jahrzehntelange haben die Arbeiter immer gerungen um das Koalitionsrecht, das für die Arbeiter unter der kapitalistischen Produktion einem Naturrecht gleicht, bis der Staat endlich auf die Gedanken, heimtückischen Rechtskränkungen verfiel, denen die Arbeiter zum Opfer fielen. Und jetzt, nachdem durch eine Resolution eine annehmliche „sozialistische“ Regierung aus der Welt gekommen ist, kommt ausgerechnet diese Regierung mit einem Plan, die Arbeiter wieder in die Sklaverei eines Gesetzes zu verurteilen, die die frühe-

ren heimtückischen Maßregeln noch überboten! Der Vorgang ist um so trasser, als mit einem gleichen Gesetz in Australien haben die Arbeiter die übelsten Erfahrungen gemacht haben.

Dort hat sich das Gesetz absolut nicht bewährt; es hat auch die Streiks nicht verhindert, dagegen die Kämpfe verdichtet und seinen Zweck total verfehlt.

Es liegen also Erfahrungen auf diesem Gebiete vor, die aber für unsere kapitalistisch-sozialistische Regierung nicht existieren. Es ist kaum daran zu zweifeln, diese Regierung will den Arbeitern im Interesse des Kapitalismus das Streikrecht entziehen. Was mit diesem Gesetz nicht ganz erreicht wird, wird auf dem Wege der Verordnungen noch nachgeholt, wie z. B. früher das Streikpostensystem, Anwendung des Erpressungsparagraphen usw.

In der Arbeiterpresse wird der Entwurf einmütig jurüdergewiesen, aber auch die Arbeiter müssen sich rühren. Aus Bommern wird folgender Protest berichtet:

Die für Bommern bestehende Arbeitsgemeinschaft der Gauleiter und sonstigen Bezirksbeamten der freien Gewerkschaften hat in ihrer letzten Zusammenkunft Stellung genommen zu dem Entwurf der neuen Schlichtungsordnung. Die Anwesenden verurteilen mit aller Schärfe die in dem Entwurf zutage tretende Tendenz, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu verächtlichen. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen mit aller Entschiedenheit verlangen, daß sie in ihrer Bewegungsfreiheit zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen unter keinen Umständen durch irgendwelche einseitigen Bestimmungen gehindert werden. Sollen staatliche Schlichtungsstellen geschaffen werden, so muß unbedingt verlangt werden, daß schon bei der Zusammenlegung der Schlichtungsausschüsse, bei der Bestellung der unparteiischen Vorsitzenden usw. den gewerkschaftlichen Organisationen ein größeres Mitspracherecht eingeräumt wird, da die bisherigen Institutionen nicht dazu angehen waren, diesen ein größeres Vertrauen entgegenzubringen.

Wir erwarten vom Reichsarbeitsministerium, daß dieses bei der nochmaligen Umarbeitung des Entwurfes vor allen Dingen eine größere Anzahl Gauleiter und Geschäftsführer der Gewerkschaften hinzuziehen wird, da diese durch ihre bisherige praktische Tätigkeit in der Bearbeitung der einzelnen Fälle vor den Schlichtungsausschüssen genügend Erfahrungen und Kenntnisse gesammelt haben.

Wir halten das Beispiel Bommern für sehr nachahmenswert. Zunächst sollten die Gewerkschaften in ihren Verammlungen den Entwurf einer Schlichtungsordnung zum Gegenstand eingehender Beratung machen, damit die organisierte Arbeiterkraft das reaktionäre Wesen dieses Entwurfes erkennt und sich zum Massenprotest gegen den Raub des Streikrechts vereint. Die dünnen Stimmen der Gauleiter allein dürften dem Gebrüll der Reaktion nach den obligatorischen Schiedssprüchen nicht nachgeben.

Strittige Fragen,

die eigentlich keine strittigen Fragen sein sollten, sind zwischen den gewerkschaftlichen und den Betriebsräteorganisationen darüber entstanden, wer von den beiden die Führung im Wirtschaftskampfe übernimmt.

Das hätte nun gerade noch gefehlt, daß der schon bestehenden Zersplitterung der politischen Arbeiterbewegung auch noch die Gewerkschaften sich spalten. Und zwar deshalb, weil einige Kerngröße eine führende Rolle spielen möchten.

Die Betriebsrätezentrale hat sich in den Kopf gesetzt, daß sie „über den engen Rahmen der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen hinaus die politischen u. wirtschaftlichen Kämpfe führen müsse“.

Zur Begründung dieser Ansicht wird ausgeführt, daß die Betriebsräte die geeignete Organisation sei, die die Arbeiter in den Betrieben alle umfasse und sie dadurch befähige, sowohl die gewerkschaftlichen wie die politischen Aufgaben zu erfüllen. Die Betriebsrätezentrale hat deshalb auch behauptet, daß ein besonderer Beitrag für die Betriebsräteorganisation erhoben werden solle. Es ist natürlich eine arme Täuschung, auf diesem Wege eine Einigung der Arbeiter herbeizuführen. Wäre sie wirklich dadurch möglich, wir wären die ersten, die dafür zu haben wären, diese Organisation mit zu schaffen, da wir der selten Heberzeugung sind, daß des Erdels, der Sozialismus, den auch die Betriebsrätezentrale will, nur durch die Geschlossenheit des Proletariats errungen werden kann.

Mit der neuen Parteiorganisation wird aber, wenn sie nicht mit der Partei und den Gewerkschaften gemeinsam Hand in Hand arbeitet und diesen Organisationen sich unterordnet will, das Volkswort der einzelnen Gewerkschaften abhalten und die Betriebsräte selbst lahmgelegt. Der Streit würde in die Betriebe getragen, die Arbeiter würden sich je nach ihrer Stellung heben und dadurch unwillkürlich werden, irgend welche Erfolge zu erringen oder Verschlechterungen abzuwenden.

Wie kommt die Betriebsrätezentrale dazu, sich diesen Aufgabenkreis anzumessen. Wir finden tatsächlich nicht den geringsten Anhaltspunkt. Aber noch haben für diesen Plan, im Gegenteil haben sie alle Hände voll zu tun, wenn sie den Aufgabenkreis, den sie sich bisher selbst angewohnen hatten, erfüllen wollen. Sie sollen die Betriebe

überwachen, sie sollen in das Wesen des praktischen Produktionsprozesses einbringen, sie sollen die Kapitalisten, die Art der Betriebsorganisation, die Beschaffung der Rohstoffe und Maschinen, sie sollen die Grundzüge der Güterverteilung, der Aus- und Einfuhr, sie sollen den ganzen Produktionsprozeß studieren.

Das ist eine solche Riesenaufgabe, daß für politische und wirtschaftliche Kämpfe unseres Erachtens gar keine Zeit übrig bleibt. Wohl aber können sie den Gewerkschaften und der Partei in ihren Kämpfen große Dienste leisten, während sie sich bei Abschaffung von Mißständen in den Betrieben und in ihrer Stellung überhaupt auf die Gewerkschaften stützen. Nur wenn diese drei Organisationen Hand in Hand arbeiten, wird Großes geleistet werden. Man bleibe aber den Arbeitern mit Projektmacherei vom Halbe. Eine der ersten und wichtigsten Aufgaben der Betriebsrätezentrale soll und muß es jetzt sein, Betriebsrätegruppen und Betriebsräteure zu arrangieren, um eine gute Schulung der Betriebsratsmitglieder zu ermöglichen. Auch die Gewerkschaften müssen solche Einrichtungen schaffen und unterstützen. Einige Gewerkschaften sind auf diesem Gebiete schon tätig. So hat der Textilarbeiterverband solche Kurse eingerichtet. So berätigt der Vorstand des Textilarbeiterverbandes: „Die Kurse sind von der Leipziger Volkshochschule veranstaltet. Seine Dauer ist für Leipzig auf drei Monate gedacht; doch wird ihm noch ein Ergänzungsstatus von ebenfalls langer Dauer (mit Einschluß der Ferien für die Dozenten) in Dresden folgen, so daß die Gesamtdauer eines Kurses sich auf sechs Monate bemittelt.“

Der Kursus in Leipzig wird in zwei Abschnitte geteilt, in kaufmännische und volkswirtschaftliche Fächer. Im ersten Abschnitt wird behandelt werden: kaufmännisches Rechnen; Zins, Diskont, Kontoforrent (Devisen), Bezugskalkulation, Buchhaltungs- und Bilanzkunde, Wesen und Zweck der Buchhaltung (Bilanzgleichung), Beziehungen zwischen Bilanz und Konto, Handelsrecht, Kreditbetrieb, Geldwesen; im zweiten Abschnitt: Volkswirtschaft, Stellung der Textilindustrie in der deutschen Volkswirtschaft, der Handel und seine Organisationen in der Volkswirtschaft und ausgewählte Fragen der Gewerkepolitik. Als Dozenten sind gewonnen worden: Prof. Winkler, Prof. Großmann, Rechtsanwalt Dr. Goldschmidt, Dr. B. Bendorff, Dr. Bräuer, Sanftus Dr. Reubner, Prof. Dr. Gehria, Privatdozent Dr. A. Schulze.

Die Aufführung dieser Lehrgänge, die sich alle noch in viele Unterabteilungen zerlegen, zeigt die Wichtigkeit und die Notwendigkeit, die Arbeiterräte mit einer für sie neuen Welt nach Möglichkeit vertraut zu machen, wenn sie bei Ausübung ihrer vielerwertigen Funktionen nicht fortwährend auf ihnen unbekannte Gebiete treten sollen. Nur wenn sie sich in der für sie zunächst noch neuen Welt einermachen zu können, werden sie die ihnen zuweisenden Aufgaben selbst zu erfüllen vermögen. Und sie werden sich in dieser ihnen zunächst noch fremden Welt durchfinden, wenn sie den festesten Willen dazu mitbringen und alle ihnen zu Gebote stehende Tatkraft dafür aufwenden. Daß dies geschehen wird, dessen sind wir sicher. Und deshalb rufen wir ihnen frohgemut und voller Hoffnung zu:

Güde auf zu neuem erstreblichem Wirken für die planmäßige Vernetzung der Arbeit aus den Händen der kapitalistischen Knechtschaft. Der Vorstand.

Aus diesen Lehrgängen allein ist zu ersehen, welche Fülle von Aufgaben den Betriebsratsmitgliedern obliegt. Man lasse also die Finger davon, den Betriebsräten Unmögliches zu erwarten. Wie weit aber auf diesem Gebiete die Dinge stehen, das, davon gab eine in Berlin abgehaltene Brandenburger-Versammlung solches Bild. Es wurde nach einem Vortrag über „Gewerkschaft, Partei und Räte“ nachstehende Resolution angenommen:

„Die heutige Brandenburger-Versammlung der Gewerkschaften und verwandten Berufe erkennt nach eingehender Stellungnahme zur Frage „Partei, Räte und Gewerkschaft“, daß der politische und wirtschaftliche Kampf der Arbeiterklasse diese drei Organisationsformen bedingt, trotzdem die Kämpfe immer ein einheitliches Wirken verlangen. Die Leitung des Kampfes um die Eroberung der Macht fällt allerdings den Räten zu. Hier kann die Gewerkschaft nur helfen und Stütze sein, während die Partei nur normativstrebender Hebel und Regenerateur sein kann. Weder unter der Macht einer Partei, noch unter dem Diktum irgendeiner Gewerkschaft können wirtschaftliche Räte entstehen. Sie müssen, zusammengefaßt in Betriebsräten und Reichsrätekonferenzen, ihre Aufgaben und Entfaltungsweg zum Kampf selbst treffen.“

Wenn die gesamte Arbeiterkraft, ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit, durch Abberufung und Neuwahl ihrer Räte, in solchen Vollversammlungen zusammenkommt, ist der Willensausdruck der Arbeiterkraft immer gemeinschaftlich. Die Brandenburger-Versammlung mußte deshalb die schneidende Einberufung eines Reichsrätekongresses, der die Aufgabe der Betriebsräte festlegt. Mit einer neuen Form der Gewerkschaft, der Betriebsorganisationen, steht die Verarmung der Revolutionierung der Massen nicht gefällig. Nicht die Form, sondern der Willen der Massen, der sich unabweislich auch in jeder Gewerkschaft ausleben und formen kann, ist das Entscheidende.“

Nun aber eine Gewähr dafür gegeben, daß die Arbeiterkraft geschlossen ist, wenn nicht die Parteien, sondern eine neue Instanz, die Betriebsratsorganisation, die Führung übernimmt? Hat man denn die Vorgänge des Jahres 1919 schon ganz vergessen? Wie war es denn da

Die Arbeiter, die noch aus den Betrieben kamen, also fast identisch waren mit den jetzigen Betriebsräten, kamen in den Vollerwerbungen zusammen, ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit. Und was erleben wir da? Doch alles andere als ein Bild der Einigkeit. Die Vollerwerbungen sind in der Tat unter dem Einfluß der Partei, der sie im einzelnen angehören. Werden dann Beschlüsse gefaßt, die dem einen Teil nicht begehren, dann trat dieser Teil aus und so blieb ein Rumpfparlament übrig; der ausgetretene Teil hielt sich an den Beschlüssen nicht mehr gebunden.

Wir sehen auf dem Standpunkt, daß die Betriebsräte weder die Gewerkschaften noch die Partei ersetzen. Ihre Aufgabe ist es, die oben bezeichneten Aufgaben zu erfüllen, d. h. den ganzen Produktionsprozeß im Interesse der Allgemeinheit zu überwachen.

Mit diesen Aufgaben wachsen in ihnen die Fähigkeiten. Selbst größere Betriebe überblicken und später selbst zu können, was bei der einstmaligen Sozialisierung dieser Betriebe von unschätzbarem Wert sein wird. Inwiefern sich die Betriebsräte in den Betrieben auch politisch und gemeinschaftlich betätigen und insbesondere als Vertrauenspersonen ihrer Organisationen wirken, ist eine Sache für sich und wird von den einzelnen Umständen abhängen.

Pension!

Ich bin pensionsberechtigt! So können jetzt unsere Betriebsbeamten sagen.

O, es ist ein schönes Gefühl. Zwar ist auf dem letzten Verbandstag in Nürnberg genügend gesprochen worden, daß das Parometer auf Sturm steht. Ja, unsere Beamten sitzen nun im Trocknen und ihr Mitglieber müht eben auch sehr, daß ihr es soweit bringt. Eine lässige Behauptung stelle ich damit nicht auf, wenn ich sage, zwei Drittel unserer Verbandsmitglieber sind Gegner einer Pensionskasse auf privater Grundlage. Da heißt es immer, die Beamten opfern sich für uns auf. — Nun gut! Wer legt die Kämpfe vor der Theorie in die Praxis um? Wer zieht die Konsequenz eines verloren gegangenen Streits? Doch nur die Mitglieder der einer Organisation. Wer wird arbeitslos oder frühzeitig körperlich verbraucht? Doch nur die im Betriebe Beschäftigten. Von alledem merken unsere Verbandsbeamten nichts, insoweit sie sich auch nichts anderes als die, von welchen sie gemüßt sind. Maß gab nur erst ein Kapital geschafft werden, um den Verpflichtungen nachzukommen. Gerade in dieser Zeit, wo uns noch große Kämpfe bevorstehen, wird jeder Pfennig gebraucht. Bin ein großer Anhänger einer Kampforganisation, aber keiner Pensionskasse auf privater Grundlage. Die Angehörten mögen dieselben Unterhaltungen beziehen wie wir im Alter. Wenn es nun heißt, wir wollen den Anfang einer allgemeinen Pension für jeden Arbeiter machen, so ist das eine lässige Behauptung. — Es ist schon ein gutes Gefühl, immer ein bestimmtes Gehalt zu bekommen. Sehen wir uns die augenblickliche Zeit an. Da heißt es einfach: Sie sind entlassen! Hole deinen Spargroschen vor, wenn du einen hast. Es wäre in der guten Zeit manches für uns rausgebrungen, hätten wir den Firmen mit einem Streik drohen können. Aber da dies es immer, die Unterhaltung reicht nicht aus. Zwar sind die Beiträge erhöht worden, aber um eine richtige Kampforganisation zu schaffen, doch nicht hoch genug. Sehen wir doch schon vor dem Krieg über einen Stundenlohn als Beitrag, so könnten wir jetzt auch zum wenigsten einen Stundenlohn zahlen. Aber nicht für eine Pensionskasse. Da ist in den Zeitungen von Gehaltsregulierung der Beamten geschrieben worden, aber von der Pension nicht ein Wort. Warum nicht? (R. A.) Wohl aus Platzmangel oder aus Rücksicht auf verschiedene Kollegen! Die Entsendung zwischen Beamte und Mitglieber tritt hiermit immer mehr zutage. Denn da brauchen wir uns bloß mal so ein ähnliches Institut anzusehen. „Allgemeine Ortsrentenbeamten.“ — Jedes Jahr haben sich unsere Beamten einer Neuwahl zu unterziehen. Ist eine solche nicht mehr aussichtsreich, so ist die Pension da, und um dieses zu vermeiden, findet immer eine Wiederwahl statt. — Doch nun diejenigen, welche das Pensionsgesetz eingebracht haben, auch ihre Gründe dafür haben, ist ganz klar. Aber sehr viel Egoismus tritt hierbei doch zutage. S 123 - Dresden.

Ich bin pensionsberechtigt! So können jetzt unsere Betriebsbeamten sagen. O, es ist ein schönes Gefühl. Zwar ist auf dem letzten Verbandstag in Nürnberg genügend gesprochen worden, daß das Parometer auf Sturm steht. Ja, unsere Beamten sitzen nun im Trocknen und ihr Mitglieber müht eben auch sehr, daß ihr es soweit bringt. Eine lässige Behauptung stelle ich damit nicht auf, wenn ich sage, zwei Drittel unserer Verbandsmitglieber sind Gegner einer Pensionskasse auf privater Grundlage. Da heißt es immer, die Beamten opfern sich für uns auf. — Nun gut! Wer legt die Kämpfe vor der Theorie in die Praxis um? Wer zieht die Konsequenz eines verloren gegangenen Streits? Doch nur die Mitglieder der einer Organisation. Wer wird arbeitslos oder frühzeitig körperlich verbraucht? Doch nur die im Betriebe Beschäftigten. Von alledem merken unsere Verbandsbeamten nichts, insoweit sie sich auch nichts anderes als die, von welchen sie gemüßt sind. Maß gab nur erst ein Kapital geschafft werden, um den Verpflichtungen nachzukommen. Gerade in dieser Zeit, wo uns noch große Kämpfe bevorstehen, wird jeder Pfennig gebraucht. Bin ein großer Anhänger einer Kampforganisation, aber keiner Pensionskasse auf privater Grundlage. Die Angehörten mögen dieselben Unterhaltungen beziehen wie wir im Alter. Wenn es nun heißt, wir wollen den Anfang einer allgemeinen Pension für jeden Arbeiter machen, so ist das eine lässige Behauptung. — Es ist schon ein gutes Gefühl, immer ein bestimmtes Gehalt zu bekommen. Sehen wir uns die augenblickliche Zeit an. Da heißt es einfach: Sie sind entlassen! Hole deinen Spargroschen vor, wenn du einen hast. Es wäre in der guten Zeit manches für uns rausgebrungen, hätten wir den Firmen mit einem Streik drohen können. Aber da dies es immer, die Unterhaltung reicht nicht aus. Zwar sind die Beiträge erhöht worden, aber um eine richtige Kampforganisation zu schaffen, doch nicht hoch genug. Sehen wir doch schon vor dem Krieg über einen Stundenlohn als Beitrag, so könnten wir jetzt auch zum wenigsten einen Stundenlohn zahlen. Aber nicht für eine Pensionskasse. Da ist in den Zeitungen von Gehaltsregulierung der Beamten geschrieben worden, aber von der Pension nicht ein Wort. Warum nicht? (R. A.) Wohl aus Platzmangel oder aus Rücksicht auf verschiedene Kollegen! Die Entsendung zwischen Beamte und Mitglieber tritt hiermit immer mehr zutage. Denn da brauchen wir uns bloß mal so ein ähnliches Institut anzusehen. „Allgemeine Ortsrentenbeamten.“ — Jedes Jahr haben sich unsere Beamten einer Neuwahl zu unterziehen. Ist eine solche nicht mehr aussichtsreich, so ist die Pension da, und um dieses zu vermeiden, findet immer eine Wiederwahl statt. — Doch nun diejenigen, welche das Pensionsgesetz eingebracht haben, auch ihre Gründe dafür haben, ist ganz klar. Aber sehr viel Egoismus tritt hierbei doch zutage. S 123 - Dresden.

Ich bin pensionsberechtigt! So können jetzt unsere Betriebsbeamten sagen. O, es ist ein schönes Gefühl. Zwar ist auf dem letzten Verbandstag in Nürnberg genügend gesprochen worden, daß das Parometer auf Sturm steht. Ja, unsere Beamten sitzen nun im Trocknen und ihr Mitglieber müht eben auch sehr, daß ihr es soweit bringt. Eine lässige Behauptung stelle ich damit nicht auf, wenn ich sage, zwei Drittel unserer Verbandsmitglieber sind Gegner einer Pensionskasse auf privater Grundlage. Da heißt es immer, die Beamten opfern sich für uns auf. — Nun gut! Wer legt die Kämpfe vor der Theorie in die Praxis um? Wer zieht die Konsequenz eines verloren gegangenen Streits? Doch nur die Mitglieder der einer Organisation. Wer wird arbeitslos oder frühzeitig körperlich verbraucht? Doch nur die im Betriebe Beschäftigten. Von alledem merken unsere Verbandsbeamten nichts, insoweit sie sich auch nichts anderes als die, von welchen sie gemüßt sind. Maß gab nur erst ein Kapital geschafft werden, um den Verpflichtungen nachzukommen. Gerade in dieser Zeit, wo uns noch große Kämpfe bevorstehen, wird jeder Pfennig gebraucht. Bin ein großer Anhänger einer Kampforganisation, aber keiner Pensionskasse auf privater Grundlage. Die Angehörten mögen dieselben Unterhaltungen beziehen wie wir im Alter. Wenn es nun heißt, wir wollen den Anfang einer allgemeinen Pension für jeden Arbeiter machen, so ist das eine lässige Behauptung. — Es ist schon ein gutes Gefühl, immer ein bestimmtes Gehalt zu bekommen. Sehen wir uns die augenblickliche Zeit an. Da heißt es einfach: Sie sind entlassen! Hole deinen Spargroschen vor, wenn du einen hast. Es wäre in der guten Zeit manches für uns rausgebrungen, hätten wir den Firmen mit einem Streik drohen können. Aber da dies es immer, die Unterhaltung reicht nicht aus. Zwar sind die Beiträge erhöht worden, aber um eine richtige Kampforganisation zu schaffen, doch nicht hoch genug. Sehen wir doch schon vor dem Krieg über einen Stundenlohn als Beitrag, so könnten wir jetzt auch zum wenigsten einen Stundenlohn zahlen. Aber nicht für eine Pensionskasse. Da ist in den Zeitungen von Gehaltsregulierung der Beamten geschrieben worden, aber von der Pension nicht ein Wort. Warum nicht? (R. A.) Wohl aus Platzmangel oder aus Rücksicht auf verschiedene Kollegen! Die Entsendung zwischen Beamte und Mitglieber tritt hiermit immer mehr zutage. Denn da brauchen wir uns bloß mal so ein ähnliches Institut anzusehen. „Allgemeine Ortsrentenbeamten.“ — Jedes Jahr haben sich unsere Beamten einer Neuwahl zu unterziehen. Ist eine solche nicht mehr aussichtsreich, so ist die Pension da, und um dieses zu vermeiden, findet immer eine Wiederwahl statt. — Doch nun diejenigen, welche das Pensionsgesetz eingebracht haben, auch ihre Gründe dafür haben, ist ganz klar. Aber sehr viel Egoismus tritt hierbei doch zutage. S 123 - Dresden.

Bildet Lehrlingsorganisationen!

Ihr Lächel! Was sollen die Lehrlingsorganisationen, denkt vielleicht mancher Kollege. Haben wir doch mit uns genug zu tun, für' ich euch sagen, und im übrigen, was nützen uns die Lehrlinge? Das ist jetzt unklar und kleinlich. Diese Geringachtung entkennet uns die Lehrlinge, sagt, daß sie dieselben durch freundliches Entgegenkommen für uns und dem Verband gewinnen. Wir waren doch auch Lehrlinge und gedachten im Stillen der Freiheit! Darum hinweg mit den brutalen Schmeicheleien und den lächelnden Mienen, heißt ihnen ihre Pagen verbessern, nehmt euch ihrer an, wo sie bedrückt werden. Wir dürfen nicht im Lehrling einen Resten zweiter Klasse, einen Untergebener sehen, sondern ihn achten als ein Glied unserer Gemeinschaft, als einen heranwachsenden Kämpfer und Träger der erlängten und noch zu erlangenden Rechte und Freiheiten. Darum Kolleginnen, Kollegen, wirt in erster und humaner Weise, er soll mit uns kämpfen, denn er gehört zu uns. Er soll ein als Glied dem Ganzen dienen, deshalb müssen wir, die äl-

tern und organisierten, auch für ihn kämpfen, müssen ihm Rechte verschaffen und ihn sein Los erträglich gestalten. Wir müssen für ihn, der sich noch nicht selbst dem Druck entziehen kann, der noch unter dem Zuchtigungsrecht zu leiden hat, eintreten. In den meisten Fällen kommt er nicht einmal in den Genuss des Achtstundentages und müssen wir uns auch da für ihn einsetzen. Haben wir doch diese Lehrlingsleiden selbst am eigenen Leibe verspürt und oft unter deren Druck gekämpft. Sehen wir uns nicht oft in die Schulzeit zurück? Nicht etwa, weil sie schöner war, sondern, weil wir freier waren! Kolleginnen und Kollegen, unsere Junge Garde darf nicht weiter unter diesen Missständen und Liebes leiden. Wir können nicht zusehen, wie sie ausgebeutet, ausgezogen und schließlich gar noch geächtet werden. Nein und tausendmal nein! Wir, die Stärkeren und Organisierten, müssen ihnen zur Seite stehen und sie unterstützen. Das können wir nur tun, wenn wir sie uns zuwenden, wenn wir sie in Lehrlingsvereinigungen auflösen, sie zu Wort kommen lassen und so das kollegiale Gefühl wecken. Um Lehrlingsvereinigungen abzuhalten brauchen wir Geld, Geld und nochmals Geld, werdet ihr sagen. Gibt es da kein Mittel? Habt ihr mich nicht verstanden? Die Sache ist ganz einfach. Wir werden und müssen die Lehrlinge in unsere Organisation aufnehmen. Für sie müssen natürlich niedrige Beitragsleistungen eingeführt werden. Unsere Junge Garde könnte einen wöchentlichen Beitrag in Höhe von 0,50, 0,70 und 0,95 M. zahlen und haben dieselben Rechte und Pflichten wie wir. Kolleginnen, Kollegen, das wäre ein Fortschritt unserer Bewegung, ein Erstarben unserer Organisation. Fordert diesen Gedanken und verwirklicht ihn und richtet Lehrlingssektionen ein, es wird uns vom Nutzen sein. Auf zur Werbung unserer Jungen Garde für den Verband! Erich Jhormal-Dresden.

Was hat uns Frauen der neue Reichstarif gebracht?

Mit dieser Frage wird sich schon manche Kollegin befaßt haben. Daß er uns keine Verbesserung gebracht hat, darüber werden wir uns alle klar sein. Auch diesmal, wie schon immer, ist unsere Arbeitstrait als eine geringwertigere hingestellt worden, obwohl auch wir den gleichen Strang ziehen und auch produktive Arbeit leisten müssen. Auch wir Frauen in der Schuhbranche verrichten eine Arbeit, die zur Herstellung der Gesamtproduktion gebraucht wird. Von unserem sozialen Standpunkt aus kämpfen wir doch für die Gleichberechtigung und gleichen Lohn für gleiche Leistung. Doch, was uns der Tarif gebracht hat, führt uns nicht näher zusammen, sondern wir kommen immer weiter auseinander. Vor dem Kriege verdiente manche Stepperrin soviel wie die Männer und in manchen Fällen noch mehr. Und wenn heute Männer an den Stepparmaschinen sitzen würden, sie würden den höchsten Lohn verlangen mit der Begründung, daß die Stepparbeit eine der schwierigsten Arbeiten ist.

Dante nach einundneunzig Jahren Revolution machen wir die Erfahrung, daß unsere Löhne weit hinter den Löhnen der Männer zurückbleiben, obwohl die schweren wirtschaftlichen Verhältnisse auf uns Frauen genau so wirken wie auf die Männer, oft noch mehr in manchen Fällen. Das kann doch niemals gut heißen werden, daß die Differenz zwischen männlichen und weiblichen Wochenlohn 90-100 Mark (!) beträgt. Dadurch wird doch selbst der Lohn der Männer herabgesetzt und der Unternehmer wird dann viel eher geneigt sein, Frauen als Männer einzustellen, um seinen Profit zu erhöhen. Bei dem großen Überangebot weiblicher Arbeitskräfte ist das wohl zu beachten.

Wenn wir täglich sehen, wie viele Frauen, die den Ernährer verloren haben, die ihren Kindern Mutter und Ernährer sein müssen, und die suchbar schwer kämpfen müssen um ihren und ihrer Kinder Lebensunterhalt, so sollte man doch endlich dazu: rufen, für ihre Pflichten auch die gleichen Rechte einzuräumen. Darum, ihr Frauen, rafft euch auf und protestiert gegen den Lohn, den euch der Reichstarif gebracht hat. Fordert überall Versammlungen und stellt die Forderung, daß der höchste Lohn der Frauen mindestens in den Altersklassen an den niedrigsten Lohn der Männer angeschlossen muß. Auch stellt an eure Ortsverwaltungen die Forderung, Fühlung zu nehmen mit den anderen Jahrgängen, um gemeinsame Forderungen einzurichten und den Kampf geschlossen aufzunehmen. Auch müssen wir dazu übergehen, daß wir Frauen in Konferenzen zusammenkommen, um immer gegenseitig in Fühlung zu stehen.

Wir in der Schuhbranche machen so gern von den Worten Gebrauch, die Fönriere in der Bewegung zu sein, nun lo machen wir diese Worte wahr, indem wir auch die Fönriere in der Frauenbewegung sind. Unserer Meinung nach sollte dies für uns eine Kleinigkeit sein da wir im Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands zu 49 Prozent organisierte Frauen haben. Wir wollen zeigen, daß wir nicht nur zahlende Mitglieber sind, sondern auch ein ausschlaggebender Faktor sein können. Wir wollen die gleichen Pflichten erfüllen, fordern aber dafür die gleichen Rechte. Auf an's Werk!

Kolleginnen! Vereint sind wir nichts, vereint alles! Die Kolleginnen der Schuhfabrik Hauelsen-Cannthalt.

Gewerkschaftslampf und Wissenschaft.

Die Proletarierfrau. In welcher Weise die Proletarierfrau unter der sozialen Not zu leiden hat, beweisen uns wieder die Feststellungen, die ein Krebsforscher, Sörensen, gemacht hat. Hiernach findet sich der Krebs, der verbreiteter ist als man allgemein glaubt, ganz besonders beim weiblichen Geschlechte in den ärmeren Klassen. Vor allem leiden die armen Frauen am Gebärmutterkrebs, einem Leiden, das eine Folge der Lebensverhältnisse der proletarischen Frauen ist. Wie sehr die proletarische Frau im Verhältnis zur wohlhabenden Frau am Gebärmutterkrebs leidet, zeigt eine andere Feststellung. Wenn man darnach die Sterblichkeit der wohlhabenden Frauen am Gebärmutterkrebs gleich 100 setzt, so ist die der proletarischen Frauen 285. Man kann es kaum fassen, daß angesichts solcher Zahlen noch Männer und Frauen mit dem Tode zu züchten sind, wie es der Kapitalismus bietet, und daß sie dem freigelegenen Kampfe noch fern stehen, der hierin allein Besserung zu hoffen vermöge.

Aus unserem Beruf.

Ausfuhr von Schuhwaren. Zu dem Entzuge beschleudert Verbände der Schuhfabrikanten auf Freigabe der Ausfuhr von Schuhwaren wurde auch die Handelskammer Leipzig gewirkt. Er fand nicht die Unterstützung der Kammer, weil, wie in dem zu ersichtenden Gutachten näher ausgeführt wurde, es sich mit den Rücksichten auf das Allgemeininteresse nicht vereinbaren läßt, eine allmächtige Senkung der für die breite Masse jetzt unerschwinglichen Schuhwarenpreise dadurch zu verhindern, daß die Ausfuhr begünstigt wird.

Der Verband Dresdener Schuhfabrikanten verweist, nicht folgendes: Daß nur die äußerste Not, das gänzliche Versagen des Kleinhandels und die hierdurch eintretenden finanziellen Erschöpfung der Schuhfabrikanten zu dem schwerwiegenden Entschluß der Betriebsvereinigungen geführt hätten. Während der Betriebsvereinigungen seien freiwillig von den meisten Arbeitgebern Festschüssen bezahlt worden, doch könnten weitere Mittel hierfür nicht aufgebracht werden. Im übrigen seien sowohl die Preise der Schuhhersteller im vollen Umfange den Forderungen entsprochen, wie auch die Schuhfabrikanten sich Mühe gegeben hätten, ihr Beständes mit außerordentlich großen Verlusten abzulassen. In der Krise tragen die Schuhfabrikanten die Schuld, auf deren Drängen trotz aller Warnungen die Zwangsversteigerung eingeleitet wurde. Sie haben Risikogewinne eingestakt und mögen nun auch ihre Arbeiter, die Schuldlos daran sind, entschuldigen.

Die Firma Hoyer, Hofmann & Stähler, Schuhfabrik in Siebenbrunn i. S. hat wegen Abjagelockung ihres circa 150 Arbeitern und Arbeiterinnen gekündigt. Das Lager, für das der Abjagelockt, soll 12 000 Paar Schuhe betragen. Wie viele Millionen können jetzt überall auf Lager liegen, für die bei den teuren Preisen kein Absatz, aber dringender Bedarf vorhanden ist. Nichts weniger als dringender Bedarf des Widerstandes der kapitalistischen Produktionsart. Waren sind in Masse vorrätig, die Arbeiter werden entlassen und das wertvolle Volk, das diese Ware dringend bedarf, kann sich dieselbe nicht kaufen.

Das Geschäft I. G. wird berichtet, daß auch in der dortigen Schuhindustrie das Gesetz der Arbeitslosigkeit sich zeigt. Die Schuhfabriken haben seit einiger Zeit schon die Arbeitszeit auf wöchentlich 24 Stunden eingeschränkt, zahlreiche kleinere Betriebe haben gänzlich geschlossen. Bei der Einschränkung der Arbeitszeit wird es voraussichtlich nicht bleiben. In der Garbener Schuhfabrik, der größten in G. S., ist die vollständige Einstellung bereits ausgesprochen worden. Sicher werden weitere Fabriken folgen.

Mitteilungen.

Mitgliederleben. Zugang nach hier ist streng fern zu halten. Bei etwaiger Arbeitsaufnahme ist erst Genehmigung beim Vertrauensmann Hill einzuziehen. Die Ortsverwaltung.

Berlin. Die Militärreformen-Gesellschaft u. S. S. Neue Schönhauser Straße 4-5, die auch Schuhwaren anfertigt, hat am Dienstag, den 16. d. Mts. ihre gesamten Schuhfabrikarbeiter, 41 Personen, entlassen mit der Begründung, es mangle an Aufträgen und Material. Am nächsten Tage verlor die Firma an einzelne Arbeiter ein Schreiben des Inhalts, daß sie wieder Arbeit erhalten könnten. Als sich die Arbeiter am Donnerstag, den 17. medeten, wurde ihnen gesagt, es solle von einem bestimmten Artikel ein bestimmtes Quantum angefertigt werden, aber — 1,00 M. billiger pro Paar, sie sollten außerdem ein Schriftstück folgenden Inhalts unterzeichnen: „Wir beschäftigen, durch unsere Unterfertigung, daß wir die Arbeit am Donnerstag, den 17., nur ausnahmsweise aufnehmen, ohne daß die Firma eine weitere Verpflichtung uns gegenüber hat.“ — Die Arbeiter dieses Betriebes hatten höhere Löhne als die Mitglieder des Reichslohnstarifs, es ist daher anzunehmen, daß die Firma durch diese Maßnahmen versucht, die Arbeiter für Lohnabzüge gefügig zu machen, auch soll wohl durch die Unterfertigung des Reskripts erzielt

werden, hat auf die orthopädische Ausbildungsfrist Bescheid genommen.

Währungs. Der Artikel in der Monatsgabe des "Bund der Kriegsbekämpften" und "Der Kriegsbekämpfte des Mittel zum Zweck", sowie des Buchs die orthopädische Vereinigung der Schuhmacher in Nürnberg an die Kriegsbekämpften sendende Flugblätter, veranlaßt uns zur Veröffentlichung folgender darauf zu erwidern: "Der Kriegsbekämpfte" meint sich gegen den Fortschritt und die Arbeit gegen die orthopädische Bekämpfung der Kriegsbekämpften, weil dies angeblich nicht im Interesse der Kriegsbekämpften gelegen wäre, in deren Interesse jedoch zu berücksichtigen sind, weil die Vergrößerung der Werkstätten nur angeht, wenn sie einzelnen Herren eine angenehme dauernde Stellung zu verschaffen. In dem Artikel wird weiter behauptet, daß man in den Werkstätten, hauptsächlich in Nürnberg, alle Kräfte und Tüchte anzuwenden, um die Kriegsbekämpften gegen das Schuhmacherverbandes aufzuklären". Weil die orthopädischen Werkstätten von Staatswegen eingerichtet und unterhalten würden, so läge den Herren derselben nichts daran, ob den Kriegsbekämpften die Stiefel passen oder nicht". Auf die persönliche, gebührende Zusprüche zu erwidern wollen wir uns im Interesse der Leser versagen. Eschick haben wir gegen den Inhalt des Artikels zu bemerken, daß die obigen Behauptungen durchaus unmaß und nur darauf berechnet sind, die Kriegsbekämpften zu täuschen und irrezuführen. Für die Behauptungen sind keinerlei Beweise erbracht, weil solche nicht vorhanden sind. Was den Leitern der orthopädischen Werkstätten zum Verwurf gemacht wird, sich eine angenehme, dauernde Stellung zu verschaffen, gerade das erstreben doch die Kreise des Artikelschreibers auch für sich, auch sie wollen durch die Arbeiten für die Kriegsbekämpften sich eine möglichst angenehme, dauernde Erfindung sichern! Wozu also solche neidischen Vorwürfe?

Die Einwände gegen die orthopädischen Werkstätten beruhen nachweislich auf unrichtigen irreführenden Angaben, hinter denen nichts als einseitige, egoistische, vom Kontrahenten diktierte private Unternehmenseinteressen stehen. Die orthopädischen Werkstätten der Schuhmacherverbände haben sich nachweislich zum Vorteil der Kriegsbekämpften als geradezu unentbehrlich, zweckdienlich und leistungsfähig sehr gut bewährt. Sie sind auch insofern von allgemeinem Nutzen, weil sie keinerlei geschäftliche oder persönliche Gewinne in Anrechnung zu bringen haben, wie dies bei Privatfirmen naturgemäß der Fall ist, wo mindestens 30 Prozent Geschäftsanteile und persönlicher Verdienst in Anrechnung gebracht werden. Es ist ferner ein unbestreitbarer Vorzug für die orthopädischen Werkstätten der staatlichen Schuhmacherverbände, daß in ihnen nachweislich das beste und haltbarste Material verwendet wird, die von Privatfirmen geliefert werden, welche, weil eine genaue Kontrolle unmöglich ist, nachgewiesenermaßen zum Teil von recht geringer Güte waren. Es wurden in dieser Hinsicht von der Schuhmacherverbandsstelle Nürnberg sehr sorgfältige Forschungen gemacht, da verschiedene Referanten das von der Materialverwaltung der Schuhmacherverbandsstelle bezogene bessere Leder mit minderwertigem vertauschten und bei der Kriegsbekämpftenstiefeln verarbeitet. Auch ist festgestellt worden, daß die Arbeitsaufwendung oftmals eine mangelhafte war, wodurch die Haltbarkeit der Stiefel auf die Dauer sehr in Frage gestellt wurde. Die Kriegsbekämpften werden hieraus ersehen, daß ihnen mit der Erhaltung der orthopädischen Werkstätten der staatlichen Schuhmacherverbände am besten gehandelt ist. Die in diesen Werkstätten Beschäftigten sind durchaus tüchtige, geschulte Arbeiter, die auch größtenteils mehr oder weniger Kriegsinvaliden sind. Diese Arbeiter kommen durch die fortgesetzten unbedingten Angriffe der orthopädischen Werkstätten wegen ihrer Arbeitskraft in Gefahr und sind gezwungen, sich dagegen zu wehren. — Sie erstreben die Kriegsbekämpften, sich nicht durch unwahre Behauptungen und unlautere Mittel in ihrer freien Entscheidung bei Vergütung der orthopädischen Arbeiter beeinträchtigen zu lassen. Die Leiter der orthopädischen Werkstätten sind die

Betriebsrat: B. R. H.

Einzelne sämtliche Kollegen befinden sich in einer Lohnbewegung. Wir bitten deshalb, Zugang nach hier freigegeben zu halten!

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Woche vom 21. Juni bis 27. Juni 1920, die Monatsbeiträge fällig sind.
Nürnberg, den 14. Juni 1920.

Der Vorstand hat nunmehr den Antrag in das vom Verbandsamt kürzlich erworbene Haus,

Nürnberg, Erenweinstraße 1

verközogen. Wir bringen das hiermit zur Kenntnis und ersuchen, alle Zuschriften von jetzt ab an die obige Adresse zu richten.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen

Nürnberg. 1. Bev. Müll. Stüblein, 2. Bev. Friedrich Steiner, 1. Bev. Unterfränkungen, 1. Bev. 1. Bevollmächtigte in seiner Wohnung, Löpfermarkt, Nr. 10, von 12-1 und 6-7 Uhr aus. Ebenfalls sind sämtliche Zuschriften an den 1. Bevollmächtigten zu richten.

Saarbrücken. Ernst Klüger, Saarbrücken 2, Thorhaus 42, 1. Bev.; Anton Krümer, Saarbrücken 3, Dübweilerstraße 72, 2. Bev. Sämtliche Zuschriften sind an den 1. Bev. zu richten. Unterfränkungen, 1. Bev. in seiner Wohnung von 5-7 Uhr nachmittags aus. Vereinslokal Gasthaus zur Bürgerhalle.

Bezirksleiter

für Bezirk 2, Württemberg und Baden gesucht.

Durch die auf dem letzten Verbandstage erfolgte Wahl des Kollegen M. Berg-Stuttgart zum 2. Vorsitzenden des Verbandes, ist die Stelle des Bezirksleiters für den Bezirk 2, Württemberg und Baden neu zu besetzen. Gemäß den Bestimmungen des § 12, Ziffer 6 des Statuts bringen wir diesen Posten zur Bewerbung unter den Mitgliedern hiermit zur Ausschreibung. Nach dieser Bestimmung erfolgt die Wahl des Bezirksleiters auf der Bezirkskonferenz. Der Posten soll so bald als möglich angetreten werden. Das Gehalt eines Bezirksleiters richtet sich nach den Beschlüssen des letzten Verbandstages.

Reflektiert wird auf eine tüchtige Kraft. Die Bewerber müssen mindestens fünf Jahre dem Verbandsangehörigen und agitatorisch sowie organisatorisch vollkommen befähigt sein. Den Posten eines Bezirksleiters bekleiden zu können.

Die Bewerber haben mit ihrem Bewerbungsschreiben einen kurz gefassten Kursumlauf über die Aufgaben eines Bezirksleiters mit einzureichen. Aus dem Bewerbungsschreiben muß das Alter, die bisherige Beschäftigung sowie die Tätigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung hervorgehen. Die Bewerbungsschreiben sind bis spätestens zum 1. Juli an den Vorstand einzureichen.

Literarisches.

Zusammenbau und Aufbau. Volkswirtschaftliche Zeitfragen von Bruno H. H. Ladenpreis 4 Mk. Berlin C. 25, Mühlstraße 24 III. Der Arbeiter-Kult. Propaganda-Vereinigung.

Die neue Nummer der "Freien Welt" bringt eine Fülle interessanter Bilder aus aller Herren Länder. Wir erlauben nur die Wohnungsinhaber in England, eine sozialistische Feler in Mailand, das Begräbnis des ehemaligen Präsidenten in China, eine Bekehrung, "Der Frühling kommt noch Aufstand", mehrere Zusammenhänge vom Kampfe um die Freiheit usw. Preis des Heftes 50 Pf.

Die Revolution. Unabhängiges sozialdemokratisches Jahrbuch für Politik und proletarische Kultur. Schriftleitung: Dr. Stöcker. Mit 41 politischen und literarischen Beiträgen und 26 Bildern. Mit farbigem Titel in vornehmlicher künstlerischer Ausstattung. Umfang 17 Bogen, 272 Seiten. Kur 12.— Mk. Der Preis ist so niedrig wie möglich angesetzt worden. Da er schon in nächster Zeit erhöht werden muß, empfiehlt es sich, das Werk sofort zu bestellen. Das Jahrbuch "Die Revolution" ist keine gewöhnliche Kulturzeitschrift, sondern ein Programmheft für den Widerstand des deutschen Volkes gegen die unheilvolle Herrschaft der Reaktion, der Diktatur und der imperialistischen Parteiprogramme und der sozialistischen Vorkämpfer. Zu bestellen durch jede bessere Buchhandlung oder direkt vom Verlag Buchhandlung "Freiheit", Berlin C. 2, Breitestraße 8-9.

Junges Schuhmachergeselle

sucht Stellung in besserer Maßwerkstatt als Bodenarbeiter. Würde mich auch in orthopädischer Arbeit bewähren. Schritte des Interesses unter: A. B. an die Expedition des "Schuhmacher".

Unsere werten Kollegen Josef Schwan, Albert Hübner, Hugo Pöschel und ihren lieben Vätern in ihrer hundertjährigen grünen Wägen die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen der Zapfstelle Barmen.

Unsere werten Kollegen Georg Schneider und seiner lieben Frau die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zu ihrer am 10. Juni stattgefundenen Hochzeit.
Die Kollegen von Coblenz.

Wir gratulieren die S. Hagen D. Geiger seiner lieben Frau, Kollega E. Brandt und Kollegen D. Riecke zu ihrer grünen Hochzeit. recht herzlich.
Die Kollegen und Kolleginnen der Zapfstelle Evendau.

Unsere Kollegen Karl Gausch und seiner lieben Frau die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zu ihrer am 26. Juni stattgefundenen Hochzeit.
Die Kollegen von Endwigshausen.

Suzer Schuhmacher-Geselle

sucht sofort Stellung.
H. Schulz, Hohenstein, Bechtholdenweg 2.

Zugang nach der ganzen Schweiz fernhalten!
In Zürich haben die Kollegen zum Teil im Streit, zum anderen Teil sind sie ausgezogen; in Winterthur und Zugano haben sie ebenfalls im Streit. In Bern und Solothurn sind die Lohnbewegungen der Kollegen jetzt längere Zeit anhängig und in Genf haben Kollegen im Gymnastikklub mit den Kollegen in Zürich, die für die gleichen Firmen arbeiten. Auch die Fabrikarbeiter in Kempten an mehreren Orten. Die Arbeiterkraft der Schuhfabrik steht in Genf seit dem März im Streit; in Genf, Winterthur, Winterthur und Luzern sind die Lohnbewegungen. In Oberaargau hat der Schuh- und Schuhfabrikant B. noch immer nicht die Delegation anerkannt, sucht aber Arbeiter in Deutschland.
Es ist also der Zugang der Schuhmacher nach der ganzen Schweiz zu unterlassen!
Schweizer Schererarbeiterverband.

Verfallungs-Kalender.

- Mitglieder-Verfallungen.**
- Artern. Montag, den 5. Juli, Mitgliederversammlung, Cleve. Jeden Sonntag nach dem ersten, morgens 7 1/2 Uhr im Lokal W. Wolf, Binnhaus, Hofwall 17.
 - Dortmund. Montag, den 5. Juni, abends 7 1/2 Uhr im Lokal W. Wolf, Binnhaus, Hofwall 17.
 - Düsseldorf. Montag, den 22. Juni, abends 8 Uhr, im "Volkshaus".
 - Durlach. Jeder 1. Montag im Monat im Gasthaus "Zum Schwan".
 - Emden. Die Mitglieder-Verfallungen finden jeden ersten Mittwoch im Monat, abends 8 Uhr im Carrel "Ruhhaus" statt.
 - Eisenfelden. Sonnabend, den 2. Juli, nachmittags 2 Uhr im Gasthaus Moser.
 - Friedenhausen. Mittwoch, den 7. Juli, abends 7 Uhr im Lokal "Zum Lamm".
 - Gera. Montag, den 26. Juli, im Lokal von Richard Michel, Greinerstraße.
 - Görlitz. Montag, den 5. Juli, im Restaurant "Antoni".
 - Guben. Montag, den 5. Juli, abends 7 1/2 Uhr in der "Reichshalle".
 - Hannover. Montag, den 5. Juli, abends 7 Uhr im Restaurations-Saale des "Gewerkschaftshauses", (Eingang durchs Restaurant).
 - Hartth. Montag, den 5. Juli, abends 8 Uhr im Lokal "Vorshaus".
 - Hirschberg i. Schl. Montag, den 5. Juli, abends 8 1/2 Uhr im "Gasthaus zum Hirschen".
 - Kiel. Montag, den 5. Juli, abends 8 Uhr im "Gewerkschaftshaus", Zimmer Nr. 9.
 - Kiel. Montag, den 5. Juli, abends 7 1/2 Uhr im "Gewerkschaftshaus", Zimmer 4.
 - Köln. Dienstag, den 5. Juli, abends 8 Uhr im "Gewerkschaftshaus", Johannisstraße 60-62, Zimmer Nr. 4.
 - Lugau (Ergeb). Sonnabend, den 2. Juli 1920, abends 7 Uhr im "Schwabe's Restaurant".
 - Lauenburg i. D. Montag, den 12. Juli, abends 8 Uhr bei Hans Gerth (Königsplatz).
 - Melbör. Montag, den 5. Juli, abends 8 Uhr in der "Central-Verberge", Eberstraße.
 - Nienburg a. W. Montag, den 5. Juli, abends 7 Uhr im Lokal Heint. Bentz, Lincker Straße.
 - Selmis. Montag, den 5. Juli, abends 7 Uhr im Restaurant "Zum Schwan".
 - Reutlingen. Freitag, den 2. Juli, sofort nach Geschäftsabschluss im "Gewerkschaftshaus" Verfallung der Fabrik- und Schuharbeiter.
 - Schnoorbergen. Unsere Mitglieder-Verfallungen finden jeden ersten Mittwoch im Monat beim Gastwirt Heinrich Voße statt.
 - Saarbrücken (Schuharbeiter). Montag, den 12. Juli, abends 7 Uhr im Lokal "Vorkühle".
 - Schneeberg. Montag, den 27. Juni, abends 8 Uhr im Restaurant "Dapfen", Wapenstraße.
 - Staubing. Montag, den 5. Juli, abends 8 1/2 Uhr.
 - Södingen. Montag, den 28. Juni, abends 7 Uhr im "Gewerkschaftshaus" (Södingen) außerordentliche Generalversammlung. Der Bezirksleiter Kollega Weber-König spricht in dieser Versammlung.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Krise in der Pirmasenser Schuhindustrie. — Nach der Wahl. — Abbau der Löhne. — Die "Schlichtungsordnung". — Striktsfragen. — Pension! — Wägen der Verfallungsorganisationen! — Was hat und Frauen der neue Reichsstatut gebracht? — Gewerkschaftskampf und Wissenschaft. — Aus unserem Beruf. — Mitteilungen. — Verbandsnachrichten. — Literarisches. — Verfallungskalender.

Verantwortlicher Redakteur: W. H. Bod. Getha. Druck u. Verlag von W. H. Bod u. Co., Getha.